



---

**INHALT**

---

- 2 | Was ist Armut?**
  - 3 | Differenzierung zwischen Armut und Armutsrisiko**
  - 4 | Gruppen mit erhöhtem Armutsrisiko**
  - 4 | Strategien gegen Armut**
  - 6 | Befähigungs- gerechtigkeit als Chance zur Entfaltung von Potentialen**
  - 7 | Mut zur Sozialpolitik der kleinen Schritte**
- 

Verwechslung zwischen absoluter und relativer Armut

## Was ist Armut?

„Armut in einem reichen Land ist ein Skandal.“ Dieser Satz findet sich wörtlich oder sinngemäß in vielen Reden, Pressemeldungen von Verbänden oder Kommentaren in den Medien. Er trifft auf große Zustimmung. Warum sollte ein reiches Land nicht über die Mittel verfügen, Armut ein für alle Mal zu besiegen? Die Existenz von Armut trotz des verfügbaren Reichtums sei Beleg dafür, dass Armut letztlich politisch gewollt sei. Auch dieser Satz fällt häufig, wenn es um Armut in Deutschland geht.

Was aber meinen wir, wenn wir in Deutschland von Armut sprechen? In einem reichen Land wie Deutschland ist es richtig, Armut und Armutsrisiko in Relation zu dem Lebensniveau der breiten Mitte zu erfassen. Der Vergleich mit der Dritten Welt führt in die Irre. Arm ist jeder, so die Definition des Rats der europäischen Gemeinschaften, der über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügt, dass er von der Lebensweise ausgeschlossen ist, die in dem Land, in dem er lebt, als Minimum annehmbar ist.

Dies wird nach einer Konvention der EU versucht, mit der Armutsrisikoquote statistisch zu erfassen. Die Armutsrisikoquote erfasst alle Bürgerinnen und Bürger, deren verfügbares Einkommen unterhalb von 60 % des mittleren Einkommens (Median) liegt. Es ist ein Maß der Verteilung mit dem Fokus auf die unteren Einkommensgruppen. Wenn wir in Deutschland über Armut reden, beziehen wir uns in aller Regel auf diese Konvention. Es gibt unterschiedliche Erhebungen mit unterschiedlichen Methoden und Einkommenskonzepten und daher auch unterschiedlichen Armutsschwellen: 917, 987, 1.029, oder 1.063 Euro<sup>1</sup>. Wer also ohne Federlesens das so gemessene Armutsrisiko zum Skandal erklärt, sagt damit, es sei skandalös, dass es überhaupt Menschen in Deutschland gibt, die ein Einkommen unterhalb dieser Werte haben. Ob dies jedem bewusst ist, der das Wort Skandal in den Mund nimmt, ist zu bezweifeln.

Die Daten des relativen Armutsrisikos sind nützlich, wenn sie angemessen interpretiert werden. In der Armutsdebatte in Deutschland findet jedoch häufig ein Verwechslungsspiel zwischen absoluter und relativer Armut statt. Nur dieses Verwechslungsspiel ermöglicht es, die Verhältnisse zu skandalisieren oder gar vom Höchststand der Armut in Deutschland zu sprechen. Solche schrillen Übertreibungen spielen denjenigen in die Hände, die den deutschen Sozialstaat ohnehin für aufgeblasen halten. Denn wer Zweifel hegt, ob denn alles stimmen kann, was in dieser aufgeregten Debatte behauptet wird, dem kann schließlich leichter eingeredet werden, es gäbe keinen Handlungsbedarf zur Bekämpfung der Armut in Deutschland. Das allerdings wäre ein Trugschluss.

## Differenzierung zwischen Armut und Armutsrisiko

In der Armutsdebatte aber auch in vielen wissenschaftlichen Beiträgen werden Armutsrisiko und Armut gleichgesetzt. Nun mag auf den ersten Blick diese Differenzierung haarspalterisch erscheinen, aber sie ist wichtig. So gibt es Menschen, die einige Zeit lang von einem verfügbaren Einkommen unterhalb der 60-Prozent-Schwelle leben und damit keine ernsthaften sozialen Probleme haben. Ein Beispiel: Die Armutsrisikoschwelle beträgt nach dem Mikrozensus 2014 für einen Alleinstehenden 917 Euro. Einkommensarm im Sinne der Statistik sind auch Studierende aus Familien der Mittelschicht, die im eigenständigen Haushalt leben und mit elterlicher Unterstützung von monatlich 800 Euro sorgenfrei studieren können. Es ist Ausdruck wachsenden Wohlstands, dass heute mehr junge Menschen studieren und zudem bereits während der Ausbildung selbständig wohnen können; aber durch die undifferenzierte Interpretation der Armutsrisikoquoten wird dies als wachsende Armut wahrgenommen.

Eine undifferenzierte Interpretation der Risikoquote macht auch Studierende und Azubildende zu Armen.

Die Entwicklung der Armutsrisikoquote zeigt, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland zwischen 1998 und 2005 deutlich zugenommen hat. Wichtigster Grund hierfür ist ein deutlicher Anstieg der Spreizung der Einkommen aus Arbeit. Die Wiedervereinigung war Teil einer historischen Zäsur; durch die plötzliche Öffnung der Volkswirtschaften Osteuropas wurden die Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland unter einen starken Wettbewerbsdruck gesetzt. In dieser Zäsur akzeptierten Gewerkschaften und Betriebsräte Zugeständnisse, um Arbeitsplätze in den Unternehmen zu sichern. Dies verbesserte deutlich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und schuf damit die Grundlage für die beschäftigungspolitischen Erfolge der Hartz-Reformen. Erkauft wurde dies durch sinkende Löhne am unteren Ende der Lohnverteilung.

Anstieg der Einkommensungleichheit zwischen 1998 und 2005

Hartz IV gilt in weit verbreiteter Ansicht als Ursache steigender Armut. Der Kern der Agenda 2010 war die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die zum Jahresanfang 2005 in Kraft trat. Viele Kommentare zum 10. Jahrestag der Reform waren sich einig: „Seit und mit Hartz IV hat die Armut in Deutschland zugenommen“. Da aber der massive Anstieg der Armutsrisikoquote vor 2005 stattfand, kann allein vom zeitlichen Ablauf her Hartz IV diese Entwicklung nicht erklären. Die treibende Entwicklung hinter der zunehmenden Ungleichheit der Einkommen, die wachsende Lohnungleichheit, setzte bereits Anfang der 1990er Jahre ein, also lange vor der Agenda 2010.

Hartz IV nicht verantwortlich für den Anstieg der Armutsrisikoquote

Nach 2005 ist die Situation auf dem deutlich höheren Niveau vergleichsweise stabil. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt, dass mit der deutlich besseren Arbeitsmarktlage das Armutsrisiko wieder sinken würde. Aber immerhin: Entgegen einer weitverbreiteten Wahrnehmung steigen wir nicht kontinuierlich nach unten ab. Nur: Weil etwas nicht schlimmer wird, heißt das noch lange nicht, dass wir nicht handeln müssen.

Seit 2005 Stabilität des Armutsrisikos auf höherem Niveau

## Gruppen mit erhöhtem Armutsrisiko

Geringe Qualifikation und Armutsrisiko sind Zwillingsbrüder

Alle Daten zeigen die gleichen Risikogruppen. Es sind Gruppen, die keinen (ausreichenden) Zugang zum Arbeitsmarkt haben, arbeitslose Menschen, Alleinerziehende, gering Qualifizierte. Dies weist auf die Bedeutung der Zugangssicherung zu produktiver Beschäftigung als Teil jeder Politik der Armutsprävention hin. Geringe Qualifikation und Armutsrisiko sind Zwillingsbrüder. Wer keinen Berufsabschluss hat, wem sogar ein Schulabschluss fehlt, der hat ein sehr hohes Risiko arbeitslos zu sein. Vermittelt über das hohe Risiko der Arbeitslosigkeit und zudem den geringen Verdiensten, die Erwerbstätige ohne berufliche Qualifikationen beziehen, gibt es einen engen Zusammenhang zwischen fehlender Ausbildung und materieller Armut.

Erhöhtes Risiko für Familien mit mehreren Kindern

Ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko haben auch Familien mit drei und mehr Kindern. Das ist ein klares Indiz für einen ungenügenden Familienlastenausgleich, insbesondere für Familien, die „kinderreich“ und einkommensarm sind. Das gegenwärtige System aus Steuern, Abgaben und Transfers leistet den notwendigen Ausgleich nur ungenügend, für kinderreiche Familien nur äußerst ungenügend. Die geringe Steigerung der Höhe des Kindergeldes mit der Zahl der Kinder (6 Euro mehr für das dritte, 31 Euro mehr ab dem vierten Kind) kann dem hohen Armutsrisiko kinderreicher Familien nichts entgegensetzen.

Armut ist nicht vorrangig mit Migration zu erklären.

Als Hauptrisikogruppe werden auch Menschen mit Migrationshintergrund aufgeführt. In der Tat haben sie ein deutlich höheres Armutsrisiko als die Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte: es lag im Jahr 2014 bei 26,7% im Vergleich zu 12,5% bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Aber es greift zu kurz, Armut mit Migration zu erklären. Menschen mit Migrationshintergrund sind stärker betroffen, weil sie oft schlechter in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt integriert sind. Gelingt die Integration in Ausbildung und Arbeit, kann Armut vermieden werden.

Zudem gibt es eine schwer quantifizierbare Gruppe von extrem armen Menschen wie etwa wohnungslosen Menschen und Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität. Diese Menschen machen nur einen kleinen Teil der 12 Millionen Personen aus, die die Statistik als Arme (bzw. als im Armutsrisiko stehend) ausweist. Um diese Gruppe ist es erstaunlich still in der Debatte zu Armut in Deutschland.

## Strategien gegen Armut

Wie nun gegen Armut handeln? Natürlich ist ein leistungsfähiges System materieller Hilfen erforderlich. Dieses hat in Deutschland Verfassungsrang. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 aus Artikel 1 Absatz 1 (Unantastbarkeit menschlicher Würde) und Artikel 20 Absatz 1 (Sozialstaatsgebot) des Grundgesetzes ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums abgeleitet. Es sichert „jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind“ (Leitsatz 1). Damit orientiert sich das Bundesverfassungsgericht bei der Konkretisierung des Grundrechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum an den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen und an einem relativen Armutsbegriff.

Das zu Unrecht diskreditierte Grundsicherungssystem ist weiterzuentwickeln.

Ungerechtfertigter Weise hat dieses Grundsicherungssystem in Deutschland einen sehr schlechten Ruf. Es gilt selbst als Armutsindikator, obwohl das System doch Armut bekämpfen soll. Wer den Armen wirklich helfen will, darf dieses System aber nicht diskreditieren, sondern sollte es weiterentwickeln.

Die Höhe der Hilfe muss fair berechnet sein. Das hierbei angewandte Statistikverfahren ist grundsätzlich geeignet, es sollten aber Inkonsistenzen und einige politisch motivierte Eingriffe in die Berechnung korrigiert werden. Nach Schätzungen des Deutschen Caritasverbandes würde dann der Regelbedarf eines Alleinstehenden um etwa 60 € steigen. Das führte nicht zu einem völlig anderen Sicherungsniveau, würde aber Grundsicherungsempfängern etwas mehr Flexibilität in ihrer Lebensführung geben.

Was aber würde passieren, wenn die Politik diesem Vorschlag folgte? Zwangsläufig würde dann die Zahl der Empfänger von Hartz IV und der Empfänger der Grundsicherung im Alter deutlich zunehmen. Denn mehr Beschäftigte mit niedrigen Löhnen und mehr Empfänger niedriger Renten bekämen dann ergänzende Hilfe. Die Zahl stiege nicht, weil die sozialen Verhältnisse schlechter würden, sondern weil unser Hilfesystem besser würde. Dieser Januscharakter der Sozialdaten wird in der Armutsdebatte häufig missachtet, unbewusst oder bewusst. Daher ist der Sozialstaat verwundbar gegen unfaire Skandalisierung.

Hartz IV steht im Ruf, den deutschen Arbeitsmarkt „amerikanisiert“ zu haben. Dieser Vorwurf ist nicht haltbar. Befristete und Teilzeittätigkeiten haben zwar nach 2005 zugenommen, dies ging aber nicht zulasten des Normalarbeitsverhältnisses und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, sondern verringerte die Arbeitslosigkeit, die nach 2005 etwa halbiert wurde. Die Arbeitsmarktentwicklung nach 2005 hatte ihre Schattenseiten, aber gemessen an den Erwartungen auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit 2005 war sie ein Jobwunder. Auch dieser Befund bedeutet nicht, es gäbe keinen Handlungsbedarf. Dieser ist insbesondere in den Teilen des Dienstleistungssektors zu sehen, in denen in Vollzeit hart arbeitende Menschen dennoch auf keinen grünen Zweig kommen.

Folgt man dem Tenor der Debatte zur Mittelschicht in Deutschland, so geht es in einem der reichsten Länder der Erde nicht nur den Armen, sondern der breiten Mehrheit der Bevölkerung schlecht. Mit der Empirie ist dies nicht zur Deckung zu bringen. Aber dies deutet auf eine hohe Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft hin. Die Mitte plagt nicht die Sorge vor akuten Mangellagen, sondern die Angst um die Zukunft und die Angst, die eigenen Kinder könnten die Position in der Mitte der Gesellschaft nicht halten. Hier könnte die Mittelschicht weit gelassener sein, denn der Transfer von Bildung und Status von einer Generation zur nächsten gelingt ihr, alles in allem, sehr gut. Eine skandalisierende Sozialdebatte, die sich von den Fakten löst, befördert die Abstiegsängste in der Mitte der Gesellschaft. Sozialpopulismus kann ungewollt rechtspopulistischer Mobilisierung in die Hände spielen.

Derzeit hat die Rentnergeneration in Deutschland kein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Aber es gibt deutliche Indizien, dass das Risiko der Altersarmut steigen wird, insbesondere wenn vermehrt Personen mit unterbrochenen Berufsbiographien ins Rentenalter kommen. Das durch die Rentenreformen sinkende Rentenniveau ist ein zusätzlicher, aber nachgeordneter Faktor. Es macht dabei keinen Sinn, die Rentenpolitiker zu geißeln, denn ohne die diversen Reformen seit 1992 wäre das umlagefinanzierte Rentensystem kollabiert. Die vielkritisierete Rente mit 67 fördert nicht Altersarmut, sondern stabilisiert die Absicherung im Alter.

Das System der Grundsicherung im Alter kann Altersarmut zielgerichtet bekämpfen, muss hierfür aber weiterentwickelt werden. So ist es ein Unding, dass alle privat ersparten Ansprüche wie Erträge einer Riesterreife bei der Berechnung der Höhe der Grundsicherung in Abzug gebracht werden. Riestern wird dadurch für Niedri-

Januscharakter der Sozialdaten ermöglicht falsche Skandalisierung

Der Vorwurf einer Amerikanisierung des Arbeitsmarkts durch Hartz IV ist nicht haltbar.

Abstiegsängste der Mittelschicht entsprechen nicht ihrer materiellen Lage.

Heutige Rentner haben kein überdurchschnittliches Armutsrisiko, zukünftige Verschlechterungen sind möglich.

geinkommensbezieher zwecklos. So hilft die staatliche Riesterförderung genau denen nicht, die am dringendsten auf sie angewiesen sind. Es gibt Chancen, dass dieser Konstruktionsfehler im Rahmen der Stärkung der Betriebsrenten noch in dieser Legislaturperiode behoben wird.

## Befähigungsgerechtigkeit als Chance zur Entfaltung von Potentialen

Aber Armutspolitik muss mehr sein als die faire und kluge Ausgestaltung von Transfersystemen (so unverzichtbar diese sind). Wir brauchen eine Politik der Armutsprävention. Dazu müssen wir die Armutsdebatte anders führen, weg von folgenloser Empörung. Wir müssen den Diskurs über Gerechtigkeit weiten. Wir müssen beherzigen, dass, so der Mainzer Sozialethiker Gerhard Kruij, wirklich gerecht nur „Gerechtigkeiten“ sind, dass wir also unterschiedliche Gerechtigkeitskonzepte benötigen, die in unterschiedlichen Kontexten ihre Bedeutung haben. Der Katalog der Gerechtigkeiten ist ohne Befähigungsgerechtigkeit nicht vollständig. Das Konzept der Befähigung geht wesentlich auf den indisch-amerikanischen Ökonomen und Philosophen Amartya Sen zurück. Sen, der durch seine Jugend im heutigen Bangladesch stark geprägt wurde, versteht Entwicklung als einen Prozess der Erweiterung realer Freiheiten. Armut bedeutet für ihn einen Mangel an Verwirklichungschancen. Der Befähigungsansatz fokussiert auf die Erweiterung individueller Verwirklichungschancen, auf die Erschließung von Freiheits- und Teilhabespielräumen. Verwirklichungschancen sind Ausdrucksformen der Freiheit, unterschiedliche Lebensstile zu realisieren. Der Befähigungsansatz stellt die Potentiale jedes Menschen in den Mittelpunkt und betont, dass jeder zur Entfaltung und Verwirklichung seiner Fähigkeiten auf bestimmte Grundbedingungen angewiesen ist, die er nicht selbst sicherstellen kann. Sie zu entwickeln, obliegt nicht allein seiner Selbstsorge.

Politik der Armutsprävention

Die größte Herausforderung für die Armutspolitik ist es, den Sozialstaat auf Befähigung auszurichten. Es gibt in Deutschland einen starken Sozialstaat, ein ausgebautes Bildungssystem, vielfältige Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, differenzierte Beratungsdienste, ein gutes medizinisches System, eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Es gibt somit ein ausgebautes Netz, das Menschen dabei beisteht, wenn sie Unterstützung brauchen. Dieser Sozialstaat kann sich weiterhin auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens stützen.

Sozialstaat auf einen Befähigungsansatz ausrichten

Unser Sozialstaat steht unter Druck. Im demografischen Wandel wird es schwieriger, ihn zu finanzieren. Es verschiebt sich stark das Verhältnis zwischen Menschen im erwerbsfähigen Alter und im Rentenalter. Wie groß die Probleme aber werden, hängt nicht allein von diesem Verhältnis ab. Sehr entscheidend ist, ob es gelingt, dass möglichst alle ihre Potentiale entfalten können und somit in ihrem erwerbsfähigen Alter auch einen produktiven Beitrag leisten können. Daran hapert es. Die Herausforderung, dies zu überwinden ist natürlich nicht nur unseren ökonomischen Herausforderungen geschuldet. Selbst wenn wir im Geld schwimmen würden, dürften wir uns nicht damit abfinden.

Herausforderung: Potentiale aller Menschen entfalten

Teil des Problems ist der weiterhin enge Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft, dem Bildungshintergrund der Kinder und Jugendlichen und ihrem Bildungserfolg. Kinder aus Elternhäusern mit niedrigem sozialem Status haben weit geringere Chancen, die Bildungsabschlüsse zu erzielen, die besonders gut vor Arbeitslosigkeit und Armutsrisiko schützen.

Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg

Ein Bildungssystem, das den engen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg nicht überwindet, ist nicht zukunftstauglich. Wieviel Potential hier ver-

schenkt wird, zeigen die großen Unterschiede zwischen den Regionen. Die Caritas berechnet jedes Jahr, wie viele Kinder in der Schule scheitern, also die Schule ohne wenigstens einen Hauptschulabschluss verlassen. Bundesweit sind dies 5,7%. Warum scheitert in manchen Landkreisen jedes zehnte Kind, in anderen aber nur jedes fünfzigste? Eine deutliche Senkung der Zahl der Kinder, die in der Schule scheitern, ist keine Utopie. Sie wäre bereits erreicht, wenn in allen Städten und Kreisen in Deutschland das Maß an Bildungserfolgen gelänge, die sich anderenorts schon als machbar erwiesen hat. Wie die Erfahrungen nach dem PISA-Schock zeigen, sind auch deutliche Qualitätsverbesserungen in der Schule erreichbar. Wir müssen uns nicht damit abfinden, dass etwa zwei Fünftel der Jugendlichen die Hauptschule mit nur sehr geringer Lesekompetenz verlässt. Dies ist ein Treibsatz für Armut und sozialen Ausschluss.

Arbeitsmarktpolitik  
zugunsten Langzeit-  
arbeitslosen

Entgegen dem lange verbreiteten und bei vielen nicht überwundenen Arbeitsmarktpessimismus war die Arbeitsmarktpolitik seither sehr erfolgreich. Aber sie erreicht nicht den harten Kern der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit. Hier bräuchte es mehr Mut zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die nicht in praxisfernen Parallelwelten verharrt, sondern durch sinnhafte Arbeit Teilhabe ermöglicht. Bei richtiger Zielgruppenauswahl sind die Gefahren der Verdrängung regulärer Beschäftigung beherrschbar.

Hilfen zukünftig stärker  
auf eine Zuständig-  
keit konzentrieren

Auch das an sich gut ausgebaute Hilfenetz des Sozialstaats ist nur ungenügend auf die Prävention sozialer Notlagen und die Befähigung der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet. Der Sozialstaat steht sich häufig selbst im Weg. Gegenüber Menschen aus prekären Milieus verhindern aufgesplitterte Zuständigkeiten die Hilfe aus einer Hand. Unterschiedliche Fachlogiken erschweren die Kooperation. Hemmend wirken auch Konflikte um die Kostenverteilung zwischen den politischen Ebenen. Sie können neue Ansätze der Hilfe auch dann verhindern, wenn alle von ihrer Wirksamkeit überzeugt und ihre direkten Mehrkosten gering sind (sie mittelfristig sogar zu Einsparungen führten könnten). Hier Hemmnisse abzubauen, sollte Teil der Agenda für die nächste Legislaturperiode des Bundestags werden.

## Mut zur Sozialpolitik der kleinen Schritte

Sozialpolitik orientiert  
am Politikideal Karl  
Poppers

Die Sozialpolitik stärker am Grundsatz der Befähigung auszurichten, ist mühsames Stückwerk des reformerischen Alltags. Dazu gehören viele zähe kleine Schritte, aber ohne diese Schritte ist das große Ziel nicht zu erreichen. Gerade der Sozialpolitik täte es gut, sich am Politikideal des Philosophen Karl Popper zu orientieren: Politik als Stückwerk, in Kenntnis der Begrenzungen unseres Wissens, sorgfältig beobachtend, ob die jeweiligen Schritte auch die gewünschten Wirkungen zeitigen, im Bekenntnis zu Versuch und Irrtum, mit der Bereitschaft, zu Fehlern zu stehen und aus ihnen zu lernen. Leider wird der Ansatz der Stückwerk-Technik in der Sozialdebatte häufig als Klein-Klein diskreditiert. Das ist mitverantwortlich dafür, dass die Debatte den Armen nicht nützt.

Ausrichtung am Prin-  
zip der Befähigung,  
um Einkommensun-  
gleichheiten zu ver-  
mindern

Stellt man sich den Herausforderungen des Stückwerks und lässt man sich auf das Klein-Klein ein, ohne das Politik nicht vorankommen kann, dann gibt es unendlich viel zu tun. Die stärkere Ausrichtung des Bildungssystems und der Sozialpolitik am Prinzip der Befähigung kann dazu beitragen, die Ungleichheit der Erwerbseinkommen zu reduzieren. Dann kann auch der Anteil der Menschen im Armutsrisiko wieder zurückgehen, vielleicht sogar um einige Prozentpunkte. Es kann gelingen, dass die Gruppe der Menschen in verhärteter Langzeitarbeitslosigkeit nicht immer wieder neuen Zulauf erhält, sondern kleiner wird. Eine Neubelebung der Wohnungspolitik kann der Armut in Ballungszentren entgegenwirken. Öffentliche Infrastruktur kann Orte schaffen, die offen für alle sind, weil kein Eintrittsgeld verlangt wird oder man

## Nicht ritualisierte Empörung, sondern Akzeptanz des Stück- werkcharakters der Armutspolitik

dort nicht konsumieren muss. Eine achtsame Zivilgesellschaft kann sich, wie Patenschaftsprojekte zeigen, dafür einsetzen, dass der Zufall der Geburt auf die Lebenschancen nicht so prägend ist wie heute. Erfolge einer befähigenden Sozialpolitik können zeigen, dass der Sozialstaat wirkt. Dies wird die breite Mitte motivieren, sich zu unserem Sozialstaat zu bekennen. Ohne die Solidaritätsbereitschaft der Mitte ist Menschen am Rande der Gesellschaft nicht wirksam zu helfen. Eine Debatte, die sich zum Stückwerk der Armutspolitik bekennt und auslotet, wie wir wirksam handeln können, hilft den Armen. Ritualisierte Empörung tut dies nicht.

1| *Datenquellen in der Reihenfolge der Nennung: Mikrozensus 2014, EU-SILC 2013, SOEP 2012, EVS 2008. Vgl. BMAS (2016)*

### Der Autor

*Prof. Georg Cremer hat in Volkswirtschaftslehre habilitiert. Seit 2000 ist er Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes und dort im Vorstand für Sozialpolitik zuständig.*

*Ausführlicher zur Thematik: Georg Cremer: Armut in Deutschland. Wer ist arm? Was läuft schief? Wie können wir handeln. Erschienen im September 2016. C.H. Beck (16.95 Euro).*

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

*Ansprechpartner:*

**Dr. Karlies Abmeier**

*Leiterin Team Religions-, Integrations- und Familienpolitik*

*Hauptabteilung Politik und Beratung*

*Telefon: +49(0)30/26996-3374*

*E-Mail: karlies.abmeier@kas.de*

*Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin*

*ISBN 978-3-95721-276-4*



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

Bildvermerk Titelseite  
© CrazyCloud/fotolia.com

[www.kas.de](http://www.kas.de)